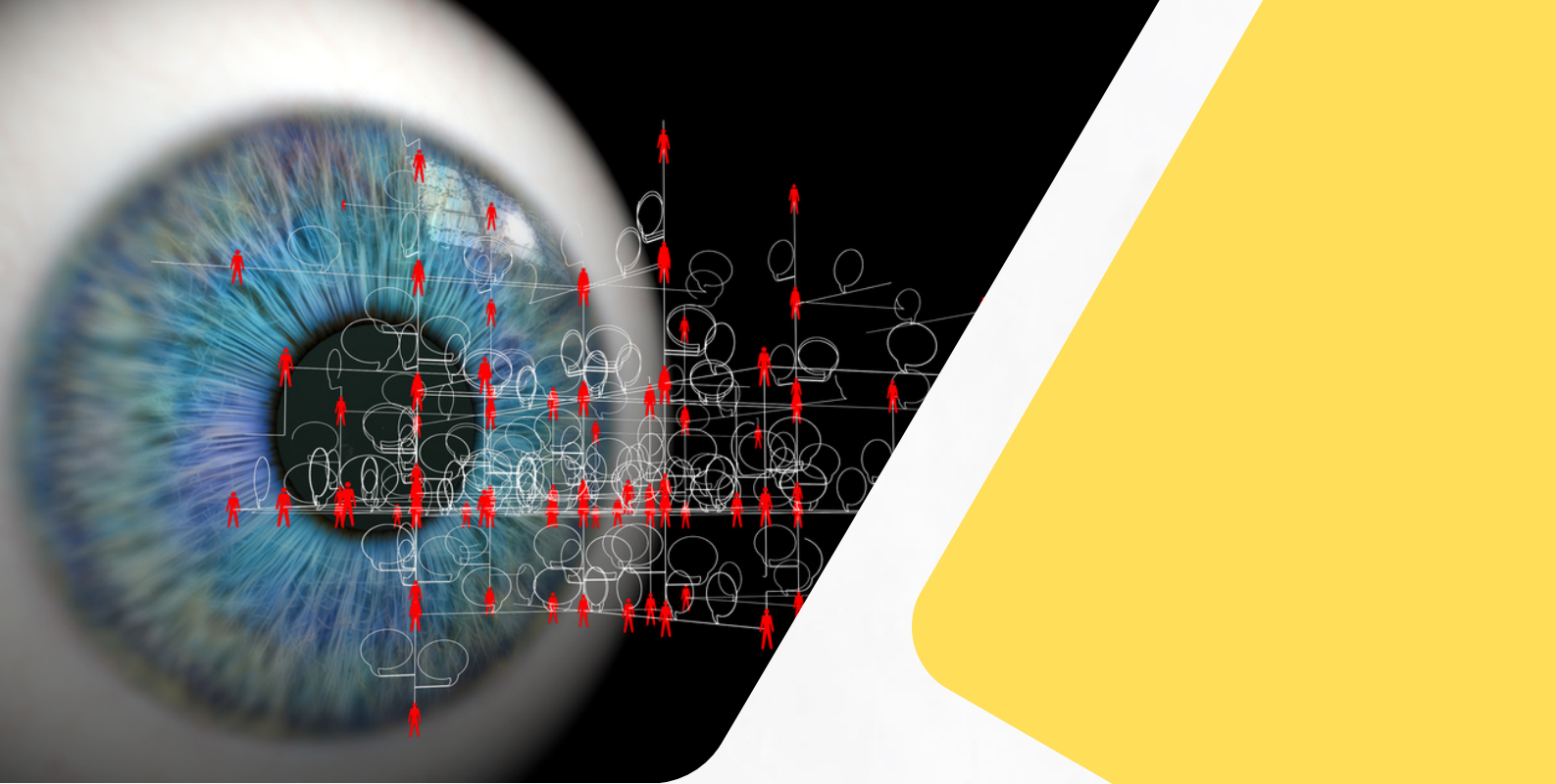


**Kurzbriefing zu
transnationaler Repression**

Chinas Terror in Deutschland





Was ist transnationale Repression?

Tibeter*innen, Uigur*innen, Hongkonger*innen und Chines*innen können in Deutschland nicht ohne Angst leben. **Sie können ihre grundgesetzlich garantierten Rechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit nicht wahrnehmen. Auch werden sie unter Druck zu Spionage aufgefordert.** Diese Personengruppen werden auch in Deutschland vom chinesischen Staat eingeschüchtert und bedroht. Teils ist das Vorgehen von chinesischen Akteuren subtil und nicht eindeutig dem chinesischen Staat zuzuordnen. Effektiv ist es trotzdem: Viele Betroffene entscheiden sich, ihre Grundrechte in Deutschland nicht mehr wahrzunehmen. Die Dunkelziffer ist hoch – etliche Fälle sind wahrscheinlich nicht bekannt.

Auf den folgenden Seiten finden sich exemplarisch – teilweise anonymisiert – Fälle von Opfern transnationaler Repression in Deutschland.



Wie umgehen mit transnationaler Repression aus China?

Wir fordern eine **Zentralstelle für Transnationale Repression**. Momentan existiert keine niedragschwellige Institution, an die sich Betroffene wenden können. Auch ist das Ausmaß von transnationaler Repression weitestgehend unbekannt, bislang sind nur Einzelfälle – etwa jene in diesem Briefing – bekannt. Entsprechend ist auch die Systematik hinter den Fällen nicht analysiert.

Die **Sicherheitsbehörden auf Länder- und Bundesebene sind mit der Thematik überfordert**: Mangelhafte Sprachkenntnisse sowie fehlendes Wissen über die Funktionsweise des politischen Systems lassen Opfer oftmals hilflos zurück. Die Ämter für Verfassungsschutz betreiben keinen aktiven, niedragschweligen Outreach in die betroffenen Personengruppen. Auch genießen Geheimdienste unter Menschen aus Diktaturen oftmals kein Vertrauen.

Um diese Problematik zu beheben, braucht es eine unabhängige Zentralstelle für Transnationale Repression. Diese könnte ggf. **auch andere Länder abdecken** (Iran, Russland etc.). Wichtig ist: Eine solche Institution muss über Sprachkenntnisse (z.B. Uigurisch, Tibetisch) und Wissen zur Wirkungsweise des politischen Systems der entsprechenden Länder verfügen. Sie muss aktiv an die betroffenen Communities herantreten und **öffentlichkeitswirksam über die Problematik informieren**. Nur wenn das Ausmaß und die Systematik von transnationaler Repression verstanden werden, können entsprechende politische Konsequenzen gezogen und Betroffene geschützt werden.

Auch klare **diplomatische Konsequenzen** müssen in Erwägung gezogen werden: Insbesondere wenn chinesische Diplomaten an transnationaler Repression beteiligt sind, muss die Bundesregierung hierauf reagieren – etwa mit Ausweisungen entsprechender Personen oder der Einbestellung des chinesischen Botschafters.

Bei Demonstrationen sollte das **Vermummungsverbot** für Menschen aus Diktaturen nur eingeschränkt gelten. Menschen, die vom chinesischen Staat verfolgt werden, müssen in Deutschland demonstrieren können – dies ist oftmals nur durch Vermummung möglich.

Fallbeispiele

Sonam Gonpo

Sonam Gonpo kommt aus der Region Kham in Tibet, er war früher Mönch und Lehrer. Nach seiner Flucht hat er in Indien und Nepal gelebt, im Jahr 2018 ist er nach Deutschland gekommen. Gonpo nimmt regelmäßig an regierungskritischen Demonstrationen in Deutschland teil. Bei den Demonstrationen kam es mehrfach zu Vorfällen, bei denen asiatisch gelesene Personen Fotos von den Demonstranten machten. 2021 hat die **chinesische Polizei Gonpos Bruder in Tibet kontaktiert** und ihm Fotos von Gonpo beim Demonstrieren in Deutschland gezeigt. Die Polizei hat den Bruder aufgefordert, den Kontakt zu Gonpo einzustellen. Sie hatten seitdem keinen Kontakt mehr.

Nach diesem Vorfall, ebenfalls im Jahr 2021, bekam Gonpo einen Anruf von einer chinesischen Frau über eine deutsche Telefonnummer. Sie fragte nach Informationen von Tibeter*innen in Deutschland und versuchte Details über Treffen von Tibeter*innen in Deutschland herauszufinden. Sie sagte, dass die Situation in Tibet jetzt besser sei. **Außerdem forderte die Frau Gonpo auf, nicht weiter zu Demonstrationen zu gehen.** Sie sagte ihm, dass er China unterstützen solle. Die Anruferin wollte nicht sagen, woher sie Gonpos Nummer hatte.

Nima*

Nima kommt aus Tibet, sie hatte früher die chinesische Staatsbürgerschaft. Seit einigen Jahren ist sie deutsche Staatsbürgerin. In den vergangenen zwei Jahren bekam sie **mehrmals pro Woche Anrufe von einer Computerstimme** – auf Chinesisch hieß es in den Anrufen: „Sie müssen wichtige Dokumente in der chinesischen Botschaft abholen.“ Nima war früher politisch aktiv und hat an regierungskritischen Demonstrationen in Deutschland teilgenommen.

Vor rund drei Jahren hat ihr Bruder in Tibet sie dann erstmals angerufen und ihr gesagt, dass sie nicht mehr zu Demonstrationen gehen soll. Sie würde so die Familie in Gefahr bringen. Nimas Familie war zuvor von chinesischen Beamten besucht worden. Die Polizisten hatten der Familie erklärt, dass Nima in Deutschland politisch aktiv ist und China schaden würde. **Aufgrund des Drucks auf ihre Familie engagiert sich Nima inzwischen nicht mehr politisch**, sie geht nicht mehr auf Demos. Wenn sie mit ihrer Familie telefoniert, benutzt sie Codes, etwa „großer Bruder“ für den Dalai Lama oder „unter dem Berg“ für Indien.

Fallbeispiele

Ray Wong

Ray Wong ist politischer Flüchtling und Vorsitzender des Vereins Freiheit für Hongkong. Er kam 2017 nach Deutschland und erhielt 2018 Asyl. Nach der Bekanntgabe seines Asylstatus erklärte die Hongkonger Regierung, dass sie Wong mit allen Mitteln verfolgen werde. In der Folge wurden seine **Familienangehörigen, die sich noch in Hongkong aufhielten, von der Hongkonger Polizei verhört.**

Im Jahr 2019 wurde Wong **nach einem Treffen mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages von zwei chinesisch aussehenden Personen verfolgt.** Die Personen folgten Wong und seinen Begleitern entlang der Straße Unter den Linden sowie in ein Restaurant. Dort setzten sich die Verfolger an einen Tisch direkt neben Wongs Tisch. Während der Mahlzeit unterhielten sie sich nicht, sondern hörten zu, was am Nebentisch gesprochen wurde. Als Wong und seine Begleiter das Restaurant verließen, machten die Verfolger Fotos von Wong.

Nick

Nick ist Hongkonger Bürgerjournalist, auf verschiedenen sozialen Netzwerken folgen ihm rund 270.000 Menschen. Nachdem Familienmitglieder in Festlandchina von der chinesischen Polizei wegen seiner Online-Aktivitäten besucht worden waren, verließ er 2021 Hongkong und erhielt in Deutschland Asyl.

Doch auch nach seiner Ausreise nach Deutschland setzte die chinesische Regierung ihre Einschüchterungsversuche fort: So wurden seine Schwester und weitere Verwandte erneut mehrfach von der chinesischen Polizei besucht. Die chinesischen Behörden erkundigten sich nach Nicks Aufenthaltsort. **Außerdem setzte die Polizei Nicks Angehörige unter Druck, ihn davon zu überzeugen, seine Social-Media-Konten zu schließen und nach China zurückzukehren, um sich schuldig zu bekennen.**

Neben der Einschüchterung über seine Familie startete die chinesische Regierung auch digitale Angriffe gegen Nick: So erhielt er von Google mehrfach Sicherheitswarnungen, in denen darauf hingewiesen wurde, dass von einer Regierung unterstützte Angreifer versucht haben könnten, sein Konto zu kompromittieren. Mehrere Mitglieder einer von Nick gegründeten Telegram-Gruppe wurden von der chinesischen Polizei vorgeladen, um sie zu Nicks Aktivitäten zu befragen.

Fallbeispiele

Aniessa Andresen

Aniessa Andresen ist Vorsitzende des Vereins Hongkonger in Deutschland. In den vergangenen vier Jahren ist sie in Frankfurt und in Heidelberg **bei regierungskritischen Kundgebungen in vier Fällen von Chines*innen eingeschüchtert worden**. Die Personen traten Andresen und anderen Teilnehmer aus Hongkong in kleinen Gruppen von zwei oder drei Personen entgegen. Die Chines*innen beschimpften die Hongkonger mit politischen Beleidigungen. Die Chines*innen machten Foto- und Videoaufnahmen und drohten, diese in sozialen Medien zu veröffentlichen.

Memet*

Memet ist Uigure, er hat seit 2005 die deutsche Staatsbürgerschaft. Der Weltkongress der Uiguren hatte ihn 2019 eingeladen, um bei einem Treffen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages über das Schicksal seiner Familie zu sprechen. Kurz nach dem Austausch mit den Abgeordneten erhielt Memet einen Anruf von seiner Schwester in Ostturkistan/Xinjiang. Sie fragte ihn, warum er sich über viele Jahre nicht gemeldet hat und betonte: „Die Regierung behandelt uns doch gut.“ Memet antwortete: „Wenn die chinesische Regierung euch so gut behandelt, warum konnte ich euch seit Jahren nicht kontaktieren?“ Darauf konnte seine Schwester nicht antworten. Schließlich übernahm ein Polizeibeamter das Gespräch, der neben ihr saß. **Memet fragte die Polizei, warum er seit mehreren Jahren keinen Kontakt mehr zu seiner Familie haben konnte. Der Polizeibeamte antwortete: „Der Grund dafür liegt bei Ihnen!“**

Memets Schwester bat ihn unter Tränen, sich ruhig zu verhalten und an sie zu denken: Er solle nichts zu tun, was seine Familie in Schwierigkeiten bringen könnte. Er solle mit den chinesischen Beamten kooperieren. Wann immer ihn die Polizei telefonisch kontaktiert, solle er die Anrufe beantworten. Die Polizeibeamten betonten, dass Memets Verwandte in ihren Händen seien. **Gegen Ende des Gesprächs boten die Polizisten ihm einen Deal an: Er solle ihnen ständig über die Aktivitäten der uigurischen Diaspora in Deutschland berichten.** Dann könne er regelmäßig mit seinen Verwandten und Söhnen in Xinjiang/Ostturkistan telefonieren. Memet verweigerte diese Zusammenarbeit. Daraufhin kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung und das Telefonat wurde beendet.

Fallbeispiele

Meryem*

Meryem ist Uigurin und lebt seit 15 Jahren in Deutschland. Sie ist die ehemalige Lebensgefährtin eines Mitarbeiters des Weltkongresses der Uiguren. Anfang 2023 erhielt sie überraschend einen Anruf von ihrer Großmutter in Ostturkistan/Xinjiang, nachdem sie für viele Jahre kein Kontakt gehabt hatten.

Nach wenigen Minuten Smalltalk übernahm ein unbekannter Mann das Telefongespräch; er fragte Meryem, ob sie die Lebensgefährtin des Mitarbeiters des Weltkongresses der Uiguren sei. Der Mann bot ihr finanzielle Unterstützung an. Meryem solle sich nicht fürchten, die chinesischen Behörden seien doch ihre Freunde. Sie würden jede denkbare Art von Unterstützung zur Verfügung stellen. Der Mann fuhr damit fort, sie mit ihrer Familie in Ostturkistan/Xinjiang unter Druck zu setzen: Ihre Verwandten seien schon alt und man wisse nie was passiert.

Diese Kombination aus Druck und dem Angebot finanzieller Unterstützung ist – insbesondere in der uigurischen Kultur – als **Aufforderung zur Spionage gegen den Weltkongress der Uiguren** zu verstehen. Der Ex-Lebensgefährte von Meryem meldete den Vorfall bei der Polizei in München. Die Beamt*innen sagten, dass sie hierfür nicht zuständig seien.

Zhihang*

Zhihang ist deutscher Staatsbürger chinesischer Herkunft. In Deutschland engagierte er sich in verschiedenen Formaten, die die Politik der chinesischen Regierung kritisierten. Nach Ende der chinesischen Corona-Restriktionen reiste Zhihang erstmals nach vielen Jahren zurück nach China, um seine Familie zu besuchen. Bei der Ankunft am Flughafen in China wurde er für mehr als 10 Stunden bezüglich seiner Aktivitäten in Deutschland befragt. Im Laufe des Verhörs gab er zu, an entsprechenden Aktivitäten beteiligt gewesen zu sein. **Die Beamten der Staatssicherheit forderten ihn außerdem auf, Menschen in Deutschland zu identifizieren, die sich ebenfalls regierungskritisch betätigen.**

Im Zuge seines Aufenthalts in China wurde Zhihang etliche Male von der Polizei und der chinesischen Staatssicherheit vernommen. Er musste versichern, dass er über die Vorgänge Stillschweigen bewahrt und sich **nicht weiter aktiv engagiert**. Auch wurde er aufgefordert, **Mitstreiter in Deutschland nach seiner Rückreise auszuspionieren**. Zhihang hat sich entschieden, sich zunächst nicht mehr politisch in Deutschland zu engagieren.

Fallbeispiele

Yuming*

Yuming kommt aus China, sie studiert und arbeitet seit mehr als 8 Jahren in Deutschland, inzwischen ist sie deutsche Staatsbürgerin. In Deutschland engagiert sie sich bei regierungskritischen Protesten und bei einem regierungskritischen Magazin.

Seit Anfang 2023 erhielt sie vermehrt Nachrichten ihrer Eltern, in welchen diese sie aufforderten, nach China zurückzukehren. In Gesprächen mit Mitstreitern erfuhr sie, dass diese von der chinesischen Polizei kontaktiert worden waren. Aus diesem Grunde fragte sie ihre Eltern per Telefon, ob auch sie von den chinesischen Behörden kontaktiert worden waren. Yumings Eltern bestätigten dies: **Die Polizei hatte die Eltern dazu aufgefordert, Yuming zur Rückkehr nach China zu bewegen.** Ihr Vater sagte ihr schließlich, dass sie in China ihre „Taten“ gestehen solle. Rund drei Monate lang bekam Yumings Vater jede Woche Besuch der Polizei, auch an seinem Arbeitsplatz.

Nachdem der Versuch gescheitert war, Yuming zurück nach China zu locken, änderte die Polizei ihre Taktik: Yumings Vater forderte sie nun – auf Geheiß der Polizei – dazu auf, nicht mehr über Themen wie die Situation in Ostturkistan/Xinjiang zu reden. Er betonte, dass China ein großartiges Land sei. **Auf Druck der Polizei musste sie dann ein Dokument unterzeichnen, in welchem sie versprach, in Deutschland keinen regierungskritischen Aktivitäten nachzugehen.**

Dolkun Isa

Dolkun Isa ist deutscher Staatsbürger und Präsident des Weltkongresses der Uiguren. Anfang 2020 wurde Isa **bei einer Trauerfeier der uigurischen Gemeinschaft in München belästigt und physisch bedroht.** In Deutschland lebende Verwandte von Shohret Zakir, dem damaligen Gouverneur „Xinjiangs“, griffen ihn an. Zunächst ging die Nichte von Zakir auf Dolkun Isa zu und sprach ihn mit folgenden Worten an: „Denk an deine Verwandten in der Heimat. Du musst aufpassen, was du über meinen Onkel Shohret Zakir sagst. Und suche dir einen anderen, der dir dein Brot zahlt.“ Der Ehemann der Nichte ging außerdem impulsiv auf Dolkun Isa zu und versuchte ihn körperlich zu attackieren. Dies wurde im letzten Moment durch das Eingreifen anderer Besucher*innen verhindert. Dolkun Isa hat die Trauerfeier daraufhin verlassen.

Isa erstatte Anzeige bei der Münchner Polizei, das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Kurz vor diesem Vorfall hatte Isa den damaligen Xinjiang-Gouverneur öffentlich kritisiert. Außerdem hatte die chinesische parteistaatliche Zeitung Global Times die Adresse des Weltkongresses der Uiguren in München veröffentlicht.



Chinas Terror in Deutschland

Ein Kurzbriefing zu transnationaler Repression,
herausgegeben von der Tibet Initiative Deutschland,
dem Weltkongress der Uiguren und Freiheit für
Hongkong.

Stand: Herbst 2023

Kontakt:

David Missal | Tibet Initiative Deutschland e.V.

Greifswalder Str. 4 | 10405 Berlin

missal@tibet-initiative.de | +49 151 2502 1295



TIBET INITIATIVE
DEUTSCHLAND



WORLD
UYGHUR
CONGRESS



Freiheit für
Hongkong e.V.